

- □□ **Sozialemanzipation durch Grundeinkommen**

In einem Interview mit der TAZ fordert Grundeinkommensbefürworter Matthias Dilthey ein Bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 1200 bis 1300 Euro. Dies entspreche der Höhe von 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens in Deutschland. Das Dilthey-Modell sieht eine Finanzierung des Grundeinkommens über eine Konsumsteuer, die auch Unternehmen betrifft, eine Kapitalverkehrssteuer und eine Gewinnsteuer vor.

Die von Dilthey zu diesem Zweck gegründete Partei versuche die Emanzipation des Menschen von den Zwängen der Arbeitsgesellschaft und des calvinistischen Arbeitsethos zu realisieren. Die Menschen müssten aus Einsicht und dem Bewusstsein von Notwendigkeit, anstatt aufgrund von Zwängen handeln und arbeiten.

Auf linke Kritik erwiderte Dilthey, dass ein Grundeinkommen nicht zu Lohndumping führen müsse, da der Arbeitnehmer dann die Möglichkeit habe, ein für ihn zu niedriges Einkommen abzulehnen. Die Realisierung des Grundeinkommens sieht er in spätestens fünfzig Jahren. Dann sei die Automatisierung so weit fortgeschritten, dass es zu wenig Arbeit gebe.

- □□ **Hartz IV-Verhandlungen: "Putsch gegen die Verfassung"**

Die stellvertretende Vorsitzende der Linken, Katja Kipping, wirft Union und FDP nach den gescheiterten Hartz-IV-Gesprächen einen "Putsch gegen die Verfassung" vor. Kipping äußert die Hoffnung auf ein baldiges Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts, um eine deutliche Regelsatzanhebung zu erreichen. "Union und FDP haben jede Bewegung beim Regelsatz blockiert. Das war ein Putsch gegen die Verfassung", so Kipping.

"SPD und Grüne waren nicht in der Lage, echten Druck aufzubauen. Herausgekommen ist eine Nullnummer. Bei Hartz IV werden praktisch längst durch die Hintertür die

Leistungen gekürzt, obwohl die Schmerzgrenze längst überschritten ist. Das provoziert Unmut und auf Dauer soziale Unruhen.

So kann man weder mit den Millionen Betroffenen noch mit dem höchsten deutschen Gericht umgehen. Spätestens dann wenn das Verfassungsgericht angerufen wird, wird es per Anordnung nachholen müssen, was die Politik verweigert hat. Das Gericht urteilt nicht nach Kassenlage sondern nach Rechtslage. Maßgeblich ist die Verfassung, und die sagt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist."

- ☐☐ **Götz Werner wirbt für Grundeinkommen**

Hartz IV sei offener Strafvollzug. Damit bekräftigt der frühere Unternehmer und DM-Chef Götz Werner seine Kritik am momentanen Sozialstaat und seine Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen. Das berichtet die Osnabrücker Zeitung. In einem Vortrag vor 400 Zuhörern im Wallenhorster Rathaus plädierte er für die Überwindung gegenwärtiger Denkirrtümer wie "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" oder "Fordern und fördern".

Dagegen habe schon Schiller gesagt, erst wenn man warm wohne und zu essen habe, könne sich das Bessere im Menschen regen. Existenznot mache allerdings egoistisch. Insgesamt 7,3 Millionen Leistungsbezieher in Deutschland würden oft unwürdig kontrolliert und zu ungewollten Arbeiten gezwungen, so Werner. Die Schere zwischen Arm und Reich gehe immer weiter auseinander. Die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungssysteme stünden vor dem Kollaps.

Der Wandel von der Selbstversorgungs-

zur global arbeitsteiligen
Fremdversorgungswirtschaft werde nicht
verstanden. Daher müsse Arbeit vom
Lohn entkoppelt werden. Ein
Bedingungsloses Grundeinkommen
vereinfache zudem das Steuersystem
radikal und würde sämtliche
Sozialleistungen und die Arbeitsämter
abschaffen. Auch werde nicht mehr
Arbeit, sondern der Konsum besteuert.
Mit einer Mehrwertsteuer von 50 Prozent
ließen sich die öffentlichen Haushalte
auch unabhängig von der Erwerbsquote
stabil finanzieren.

- ☐☐ **Häufig nur Arbeit nach Vorschrift**

Nach einer Gallup-Umfrage identifizieren sich 66 Prozent aller Arbeitnehmer in Deutschland nur in einem sehr begrenzten Umfang mit ihrer Erwerbstätigkeit. Das berichtet SpiegelOnline. Jeder fünfte Erwerbstätige habe quasi innerlich gekündigt. Nur 13 Prozent zeigten hohe emotionale Bindung und Engagement in ihrem Job. Zwei Drittel dagegen würden nur geringe

emotionale Bindungen zur ihrer Tätigkeit empfinden und arbeiteten lediglich nach Vorschrift.

Dies würde aufgrund von mehr Fehlzeiten und Produktionsausfällen jährlich einen Schaden in Milliardenhöhe für die Wirtschaft verursachen. Nach Angaben der Autoren der Studie sei unter anderem das Verhalten von Führungskräften ein wichtiger Faktor für die emotionale Mitarbeiterbindung. Für die Studie seien insgesamt 1920

Arbeitnehmer ab 18 Jahre im Oktober und November 2010 zu ihrem Arbeitsplatz und dem Umfeld befragt worden. .

Kommentar:

Es gibt kaum ein besseres Argument für die Überwindung des calvinistischen Arbeitsethos und eine massiv forcierte Automatisierung, anstelle von

Lohndumping und sinnloser,
staatlich alimentierter
Pseudobeschäftigung. Und für die
Entwicklung von
Tätigkeitsstrukturen, die sich wieder
an der konkreten Lebensrealität
des Menschen orientieren, anstatt
ausschließlich an
Kapitalverwertungsinteressen.

Letztlich zeigt sich einmal mehr die
Notwendigkeit eines
Bedingungslosen
Grundeinkommens, das den
gegenwärtigen sozioökonomischen
Arbeitszwang überwindet und

Menschen das Ausüben von
Tätigkeiten ermöglicht, die sie
wirklich machen wollen und die für
sie wirklich Sinn stiftend sind.

-  **Stuttgart 21: Anzeige
gegen Bahn**

Kritik am Bahnprojekt Stuttgart 21 und den Baumverpflanzungen in der Woche: Die Bahn verschleppe den Stresstest, schaffe aber in der Zwischenzeit teure Fakten. "Das widerspricht dem Geist der Schlichtung." Gangolf Stocker, der Sprecher der Initiative Leben in Stuttgart - Kein Stuttgart 21 hat jetzt die Deutsche Bahn bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart

angezeigt.

Bei der gestrigen Aktion der Baumverpflanzung waren zwei Fahrzeuge ohne den vorgeschriebenen Russfilter im Einsatz. Stocker konnte sich gestern selbst davon überzeugen, dass beide Fahrzeug sogar unter dem Schutz der Polizei fahren durften, obwohl die Beamten auf diesen Mangel hingewiesen

wurden. Es handelte sich um ein Fahrzeug von der Spezialfirma EuroTree und um ein Auto ohne Firmenkennung. Dieses Fahrzeug könnte sogar ein Polizeifahrzeug sein, denn es transportierte die Absperrgitter.

"Jeder Falschparker wird gnadenlos zur Kasse gebeten, aber bei Stuttgart 21 drückt die Polizei alle Augen zu." Für

Stocker ist dies deshalb so ärgerlich, weil er als Versammlungsleiter der Anti S 21 Demonstrationen von der Polizei bereits 10 Anzeigen wegen Nichterfüllung von Demonstrationsauflagen auf seinem Tisch hat. "Bisher ist auf allen Demonstrationen überhaupt nichts passiert, aber gesucht wird nach jedem kleinsten formalen Verstoß. Bei Stuttgart 21 gilt offensichtlich ein eigenes Recht!"

- **Volksbegehren gegen Wasserprivatisierung**

Anlässlich des am
kommenden Sonntag (13.

Februar) stattfindenden
Volksentscheids über das
Volksbegehren "Schluss mit
Geheimverträgen – Wir
Berliner wollen unser
Wasser zurück“ ruft der
Verein Mehr Demokratie die
Berlinerinnen und Berliner
dazu auf, mit "Ja" zu
stimmen. Der Verein ist
offizieller Unterstützer des
Volksbegehrens, da
Informationsfreiheit eine

Voraussetzung für direkte Demokratie sei.

"Das
Wasser-Volksbegehren war
bereits in Teilen erfolgreich.
Mit einem Rekord von knapp
281.000 Unterschriften hat
es ausreichend Druck
aufgebaut, um das
Abgeordnetenhaus zu
einem neuen

Informationsfreiheitsgesetz zu bewegen und eine Veröffentlichung der Teilprivatisierungsverträge zu erreichen", sagt Michael Efler, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie.

"Dennoch wissen wir nicht, ob das bereits Veröffentlichte auch

wirklich alles war, was zwischen dem Land Berlin und den Vertragspartnern Veolia und RWE vereinbart wurde. Deshalb ist der Volksentscheid überaus wichtig. Die Bürgerinnen und Bürger Berlins sollten von ihrem Recht auf Abstimmung Gebrauch machen und mit einem

"Ja" ein deutliches Signal
für mehr Transparenz und
Informationsfreiheit
setzen."

Damit der am Sonntag
stattfindende
Volksentscheid gültig ist,
müssen 25 Prozent aller
Berliner Wahlberechtigten

an der Urne mit "Ja"
stimmen. Diese Hürde hat
bisher keiner der zwei
Volksentscheide in Berlin
übersprungen. Mehr
Demokratie setzt sich
dafür ein, dieses
Zustimmungsquorum
abzuschaffen und, wie bei
Wahlen, die Mehrheit der
Stimmen an der Urne
über Sieg oder

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 11. Februar 2011 um 22:54 Uhr

Niederlage entscheiden zu lassen.

-  **Kölner**

Hooligans greifen Polizisten an

Nach dem brutalen
Angriff von mehr als 20
Hooligans auf zwei
Polizeibeamte und

einen Abteilungsleiter
der Kölner
Sportstättenengesellschaft
am vergangenen
Wochenende in Köln
hat die Gewerkschaft
der Polizei (GdP)
schwere Vorwürfe
gegen die
Verantwortlichen des 1.
FC Köln erhoben.

"Wenn ein Verein
Ultras öffentlich hofiert,
obwohl bekannt ist,
dass es aus ihren
Reihen in der
Vergangenheit
wiederholt zu massiven
Gewalttätigkeiten
gekommen ist, stellt

sich die Frage nach der Mitverantwortung des Vereins", sagte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter. "Die GdP redet mit allen Fans, auch mit den Ultras. Aber bei brutaler Gewalt gibt es null Toleranz. Das erwarten wir auch von

den Vereinen."

In Köln hatten mehr als 20 Mitglieder der Ultra-Gruppe "Wilde Horde" am Samstag nach dem Fußballspiel einem Polizeibeamten erst seine Dienstmütze

entwendet und dann
brutal auf den Beamten
eingeschlagen, als
dieser die Herausgabe
seiner Mütze forderte.
Nach
Augenzeugenberichten
sollen die Ultras immer
wieder mit großer
Wucht auf den
Beamten gesprungen

sein, als dieser längst
wehrlos auf dem Boden
lag.

Auch der zweite Polizist
und der Mitarbeiter der
Kölner
Sportstätten-gesellschaft
wurden brutal

angegriffen. Dass es nicht zu tödlichen Verletzungen des Polizisten gekommen ist, ist nur dem beherzten Eingreifen einer zur Hilfe geeilten Gruppe von Beamten der Bereitschaftspolizei zu verdanken.

Bereits in der
Vergangenheit hat es
mehrfach Gewalttaten
von Mitgliedern der
"Wilden Horde"
gegegeben, zuletzt vor
vier Wochen in
Hamburg. Die GdP
kritisiert, dass sich der
1. FC Köln trotzdem
bislang nicht

konsequent genug von der Gruppe distanziert hat. "Wenn ein Fußballstar wie Lukas Podolski die Fahne der Wilden Horde im Stadion schwenkt, beim Training eine Mütze mit deren Logo aufsetzt und deren Spielführerbinde trägt,

nachdem sie ihm
medienwirksam
überreicht worden ist,
kann der Verein bei
brutalen
Gewaltübergriffen nicht
tatenlos wegschauen",
sagte der
GdP-Landesvorsitzend
e.

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 11. Februar 2011 um 22:54 Uhr

{jcomments on}